



Peter Beyer LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Dienstreise China

Panel 2: Die Welt von morgen gestalten: Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherheit

1. Grundüberlegung: Sicherung der Rohstoffversorgung als wichtigstes Ziel deutscher und europäischer Versorgungspolitik

- Rohstoffe sind für moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften unverzichtbar. Da Deutschland über keine eigenen signifikanten Rohstoffquellen auf Seiten der fossilen Brennstoffe verfügt, ist es in besonderem Maße von Energieimporten abhängig.
- Die aktuelle Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte dazu geführt, dass der weltweite Preisanstieg von Energie und Rohstoffen nicht nur gebremst ist, sondern die Preise zeitweise rückläufig waren.
- Heute sehen wir, dass es eine temporäre Entwicklung war. Die Preise ziehen inzwischen in vielen Bereichen wieder deutlich an.
- Steigende Energiepreise und der wiederholte Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine haben die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Öl- und Gasimporten deutlich gemacht. Europa hat dabei die größte Gasversorgungskrise seiner Geschichte erlebt.

- Der komplette Ausfall russischer Gaslieferungen über die Ukraine über einen Zeitraum von zwei Wochen hat deutlich gemacht, dass die Sicherheit Deutschlands und Europas nicht zuletzt von einem möglichst uneingeschränkten Marktzugang zu Energie und anderen Rohstoffen abhängt.
- Als eine der führenden Industrienationen mit kaum eigenen Ressourcen stellt uns diese Entwicklung vor enorme Herausforderungen.
- Eine dauerhafte und verlässliche Energieversorgung gewinnt für eine relativ rohstoffarme Industrie- und Technolagnation wie Deutschland an immer größere außen- und sicherheitspolitische Bedeutung.
- Klima- und Ressourcenschutz sind daher bereits heute harte Wirtschaftsthemen. Diskussionen über ein Ressourcenministerium, eine nationale Ressourcenagentur zeigen die hohe Sensibilität, die bei diesem Thema inzwischen vorhanden ist.
- *Wenn bald 3 oder 4 Mrd. Menschen in Wachstumsregionen lebten statt heute 1,5 Mrd., dann seien Verteilungskonflikte bei Ressourcen und Energie absehbar. Europa hat sich unlängst dieses Problems angenommen. Jedoch ist ohne China, Russland und den USA, dem wichtigsten Emittenten von CO₂-Gasen, kein Durchbruch zu erzielen.*
- Die Versorgungslage wird voraussichtlich auf Dauer angespannt bleiben, da aufgrund der Transformation zahlreicher Entwicklungsländer zu Schwellenländern die Nachfrage nach Rohstoffen auch in Zukunft hoch bleiben oder sogar weiter zunehmen wird.

- Zudem habe ich bereits erwähnt, dass Innenpolitische oder soziale und militärische Krisen, gar gewaltsame Konflikte in Lieferländern die Versorgung gefährden und erheblichen wirtschaftlichen, als auch politischen Schaden anrichten können.
- Deutschland ist kein rohstoffarmes Land. Der Bedarf beispielsweise an Kiesen und Sanden, Steinen und Erden sowie Kali- und Steinsalz wird vollständig aus Rohstofflagerstätten in Deutschland gedeckt.
- Deutschland bleibt aber nach wie vor der mit Abstand größte Abnehmer russischen Erdgases in Europa. (Quelle: Handelsblatt 2006) Nur aufgrund seines ausdifferenzierten Bezugs- und Netzsystems, seiner hohen Speicherkapazität und einer effizient koordinierten internen Umverteilung hat Deutschland adäquat auf die Krise reagieren und sogar Gas an andere in Mitleidenschaft gezogene Staaten weitergeben können.
- Die Gewährleistung von Versorgungssicherheit ist daher eine der zentralen geopolitischen Herausforderungen in der EU. Andere (Mitglieds-)Staaten sind nach wie vor weit von den deutschen Standards bei ihren Krisenreaktionsmechanismen, der Netzstruktur und der Risikovorsorge entfernt.
- Der Energieaußenpolitik wurde in der erstmals 2006 formulierten EU-Energiestrategie ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt.

1. Seither hat die EU in dieser Frage verschiedene Aktionspläne auf den Weg gebracht und die Grundzüge einer solchen Strategie

umrissen: (Quelle: SWP-Studie von Susanne Dröge | Oliver Geden Integration der europäischen Energiemärkte, Mai 2010)

- die Aushandlung eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland unter Einbeziehung von Energiefragen
- bilaterale Energiedialoge mit den USA, China, Indien und Brasilien
- die Einbeziehung energiepolitischer Aspekte in die Europäische Nachbarschaftspolitik
- der Ausbau der Energiebeziehungen zu den Staaten Nordafrikas
- die Intensivierung der Energiewirtschaftlichen Beziehungen zu Zentralasien und der Schwarzmeerregion
- die Umsetzung des Vertrags über die „Europäische Energiegemeinschaft“, eines Abkommens, mit dem der energiepolitische Rechtsrahmen der EU auf die südosteuropäischen Nachbarstaaten ausgeweitet wird.

2. Neben den genannten Projekten muss sich die deutsche und europäische Energieaußenpolitik neuen Herausforderungen stellen

(Quelle: Auswärtiges Amt, Energiesicherheit, Oktober 2009):

I. Die Sicherung und Diversifikation von Bezugsquellen

- Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist in erster Linie Aufgabe der rohstoffverarbeitenden Industrie selbst. Die Verantwortung des Staates beschränkt sich darauf, die politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung zu setzen.
- Er muss sich für eine möglichst weitreichende Liberalisierung der Weltmärkte in den internationalen Gremien, insbesondere innerhalb der EU sowie der OECD und der WTO, einsetzen. Parallel dazu kann er konkrete Aktivitäten von Unternehmen flankierend unterstützen. Flankierende Maßnahmen durch die Bundesregierung und die EU-Kommission werden angesichts der wachsenden globalen Herausforderungen immer wichtiger.

II. Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien (Quelle: Dött MdB, umweltpol. Sprecherin, März 2010)

- Klimaschutz ist eine weltweite Herausforderung. Ein Viertel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu Elektrizität. Etwa 2,4 Milliarden Menschen sind deshalb auf Holz, Holzkohle oder andere pflanzliche Brennstoffe angewiesen. Das bringt nicht nur Nachteile für die Lebensqualität dieser Menschen, sondern die ineffiziente Energieerzeugung ist auch ein Umweltproblem.

- Emissionen müssen möglichst kosteneffizient reduziert werden. Deshalb wurden mit dem Kyoto-Protokoll sogenannte „flexible Mechanismen“ eingeführt. Eines dieser Instrumente ist der „Clean Development Mechanism“ (CDM).
- Er ermöglicht Industrieländern kostengünstige Emissionsreduktionen und unterstützt zugleich Technologietransfer und Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung.
- Durch den Einsatz neuer Technologien und die Modernisierung der Netze lassen sich Energiebedarf und –verbrauch drastisch senken.
- Eine langfristige sichere und nachhaltige Energieversorgung kann nur mit erneuerbaren Energien erreicht werden.
- Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau erneuerbarer Energien ein, nicht nur für Deutschland, sondern weltweit.
- Die Regierungsparteien haben bereits im Koalitionsvertrag ihre Grundsätze für ein nachhaltiges Energiekonzept festgelegt:
 - i. Die Energiepolitik soll technologieoffen und marktorientiert sein**
 - ii. Erneuerbare Energien werden so ausgebaut, dass sie den Hauptanteil am Energiemix übernehmen können.**
 - iii. Die Energieeffizienz soll erhöht werden**

- Die Einsatzmöglichkeiten Erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern sind vielfältig. Sie reichen zum Beispiel von Windkraft in Kolumbien über Solarherde in Afrika bis zu dezentralen kleinen Wasserkraftwerken in Nepal, Indonesien und Tibet.
- Hervorzuheben wäre das „Desert-Tec Projekt“ in der Sahara. Geplant ist, den Strom in Solarthermie-Kraftwerken zu erzeugen und mittels eines z.T. durch das Mittelmeer verlaufenden Netzes nach Europa zu befördern. Danach könnte bereits 2050 15 Prozent des europäischen Strombedarfs aus Nordafrika kommen. Namenhafte Konzerne aus Deutschland und anderen europäischen Nationen beteiligen sich bereits an dem Großprojekt.

III. Rolle der Wirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit stärken und Förderung des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Know-how-Transfers deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Partnerländern.

IV. Ausbau des Dialogs mit Liefer-, Transit- und den großen Verbraucherländern, vor allem den neuen Industriestaaten

V. Eintreten für die Einhaltung der internationalen Umwelt- und Klimaschutzabkommen innerhalb der G8, G20 und den VN

Zusammenfassung und Ausblick

(Quelle: Positionspapier CDU/CSU BT-Fraktion – AG Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung)

- **Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe:** Die deutsche Stromwirtschaft ist in erheblichem Umfang vom Import der für die Stromerzeugung erforderlichen Energieträger abhängig. Sowohl Erdöl als auch Erdgas als auch Uran und zum Teil Kohle müssen nach Deutschland importiert werden, um hier die entsprechenden Kraftwerke betreiben zu können.
- **Endlichkeit fossiler Brennstoffe:** Zudem sind nicht alle fossilen Brennstoffe unbegrenzt als Ressourcen vorhanden. In absehbarer Zeit stehen zumindest Erdöl, Erdgas und Uran nicht mehr in dem Maße zur Verfügung wie bisher, so dass es hier zu Lieferengpässen kommen wird, die es erforderlich machen, den Strommarkt von diesen Importen unabhängig zu machen.
- **Das Potential zur langfristig vollständigen Eigenversorgung des deutschen Strommarktes ist vorhanden.** Wir müssen heute die Weichen stellen, um in einem Gesamtpaket den Strommarkt nachhaltig zukunftsfest auszugestalten.
- „Der vorübergehende Preisverfall im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat an der grundsätzlichen Bedeutung, unsere Rohstoffabhängigkeit zu reduzieren und sich um eine nachhaltige Sicherung unserer Rohstoffimporte zu bemühen, nichts geändert. Unternehmen, Bundesregierung und EU bleiben aufgefordert, durch aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken, den freien Zugang zu den Rohstoffen dieser Welt zu sichern.“ (Quelle: Auszug aus der Ausarbeitung von Dr. Kreft, Juni 2006)

1. Gesamtenergieverbrauch weltweit

Mineralöl = 34%

Kohle = 24%

Erdgas = 21 %

Erneuerbare Energien = 14%

Kernenergie = 7%

2. Gesamtenergieverbrauch in Deutschland

Mineralöl = 37%

Erdgas = 23%

Steinkohle = 13%

Braunkohle = 11%

Kernenergie = 12%

Erneuerbare Energien = 4,6%

3. Stromerzeugung in Deutschland

Kernenergie = 26%

Steinkohle = 22%

Braunkohle = 25%

Erdgas = 11%

Erneuerbare Energien = 10%

Heizöl = 2%

Übrige Energieträger = 4%